Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Nächstfolgende eingesandte Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 195. **Freitag** den 13. Juli 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das **31. Stück** des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 6. August ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausgehängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1813. Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten von Kamerun und Togo. Vom 2. Juli 1888.

Leipzig, den 10. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung,
Miethveränderungen betr.

Um das **Verzeichniß der Einquartierungspflichtigen** und der zur **Einquartierung geeigneten Räume** in Ordnung zu erhalten, geben wir den Hausbesitzern, bezw. deren Stellvertretern hiermit auf, **jede in ihren Hausgrundstücken eingetretene Miethe-** resp. **Zinsveränderung** längstens 8 Tage nach deren Eintritt bei unserem Quartieramte, Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, 2. Etage, Zimmer 107, **schriftlich** anzumelden.

Jede Unterlassung oder Versäumniß dieser Vorschrift wird nach Befinden mit einer Geldstrafe von 15 ℳ geahndet.

Leipzig, den 10. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
XM. 6281. Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Während des Baues der Altenburger Straße hat die **Zuführung der Pferde zum Pferdeschlachthause,** sowie überhaupt der Verkehr nach und von demselben auf dem von der äußeren Bayerischen Straße nach der nordwestlichen Ecke des Schlachthofes abzweigenden Feldwege zu erfolgen.

Leipzig, den 10. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Wegen Umänderung der Wasserleitungsanlagen in der **Centralstraße**
wird dieselbe auf der Strecke von der Synagoge bis zur Elsterstraße **von Freitag den 13. d. M. ab** auf etwa 14 Tage
für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 12. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5230. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und das Verlegen von Granit-Fußwegplatten und dergleichen Schwellen in der Poststraße, das Umlegen einiger Strecken von Granitplatten in der Querstraße und die Untermauerung der Schwellen in der Poststraße und der Platten in der Querstraße soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Plattenlegung ꝛc. in der Post- und Querstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 21. Juli 1888, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 5. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 2830. Dr. Georgi. Dr. Krippendorff.

Bekanntmachung.

Es hat Frau Johanne Christiane verw. **Franke** verw. gewesene **Palzig** geborene **Kade** hier der hiesigen Armencasse ein Legat von 300 ℳ letztwillig zugewendet.

Nachdem nun der Erbe derselben, Herr Carl **Voigt** in Stötteritz, gedachten Betrag an uns gezahlt hat, so bringen wir dieses Vermächtniß mit dem Ausdrucke unseres herzlichsten Dankes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 7. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. 566. Ludwig-Wolf. Artus.

Bekanntmachung.

Das über das Vermögen der Handelsfrau **Margarethe Kornagel** in Hof und deren Ehemanns **G. J. Kornagel** daselbst eingeleitete Concursverfahren wurde mit Beschluß des k. Amtsgerichts Hof vom 9. d. Mts. nach abgehaltenem Schlußtermine und vollzogener Schlußvertheilung aufgehoben.

Hof, den 10. Juli 1888.

Gerichtsschreiberei des k. Amtsgerichts.
Milliper, k. Sekrtr.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Reise Kaiser Wilhelm's nach Rußland.

Heute sind die Augen Europas nach Kiel gerichtet, von wo aus sich Kaiser Wilhelm morgen Vormittag nach St. Petersburg einschiffen wird. Die öffentliche Meinung hat sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die Begegnung der beiden Kaiser der Erhaltung des Friedens nur günstig sein könne, und diese Ueberzeugung ist von so großem Gewicht, daß sich Rußland ihrer Einwirkung nicht entziehen kann. Der Gewinn, welchen Europa aus der weiteren Hinausschiebung einer gewaltsamen Lösung der orientalischen Frage erwächst, ist werthvoll genug, um von allen Seiten mit Zustimmung begrüßt zu werden. Aber den Russen wird es schwer, sich in diese neue Lage hineinzufinden, sie halten die Mäßigung, welche sie in ihrer Balkanpolitik zeigen, für eine That, die nicht ohne Gegenleistung bleiben dürfe, und sie machen kein Hehl daraus, daß sie von Oesterreich-Ungarn eine einlenkende Bewegung in der bulgarischen Frage erwarten. Das ist aber ein schlimmes Ding, weil Oesterreich-Ungarn seinen Standpunct in der bulgarischen Frage wiederholt und noch zuletzt in der vor Kurzem beendeten Delegationssession dargelegt hat. Dieser Standpunct hält an der Selbstständigkeit Bulgariens fest, und diese verträgt sich nicht mit den Gegnungen, welche Rußland Bulgarien zugedacht hat. Es wäre also der Sachlage mehr entsprechend, wenn Rußland seine Wünsche in Bezug auf Bulgarien mäßigte und seinerseits einlenkte. Von einer solchen Wendung sind wir aber heute ebenso weit entfernt, wie vor drei Jahren, und Deutschlands Einfluß auf die beiden anderen Kaiserreiche ist nicht mächtig genug, um eins von beiden zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Das ist aber vorläufig auch gar nicht nöthig, es genügt, wenn Rußland darauf verzichtet, in die selbstständige Entwickelung Bulgariens direct einzugreifen. Wenn Oesterreich-Ungarn sich damit zufrieden gestellt erklärt, so liegt darin schon ein sehr starkes Entgegenkommen, denn jede Verzögerung der endgiltigen Regelung der bulgarischen Verhältnisse geschieht auf Kosten der Selbstständigkeit Bulgariens, weil sie die Widerstandskraft Bulgariens abnutzt und dem russischen Ränkespiel täglich mehr Boden schafft. Die gegenwärtige Krisis ist so schwer für Bulgarien, wie es noch keine zuvor durchgemacht hat. Wenn Stambulow sich mit Zankow verständigt und dadurch ein Ministerwechsel nöthig wird, dann ist der Anfang vom Ende da, und die Tage der Regierung des Prinzen Ferdinand von Coburg sind gezählt. So liegen die Verhältnisse in Bulgarien, und Rußland hat allen Grund, mit dieser Sachlage zufrieden zu sein, weil die reifende Frucht der Unterwerfung Bulgariens unter Rußlands Willen auf dem Puncte steht, ihm in den Schooß zu fallen.

Aber Rußland ist damit noch nicht zufrieden, es wünscht auch, daß Serbien an seinen inneren Zwistigkeiten zu Grunde geht. Die russische Presse faßt die Scheidungsangelegenheit des serbischen Königspaares als eine österreichische Intrigue auf, und es scheint, daß von Rußland aus alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Scheidung zu verhindern, natürlich, um den russischen Einfluß auf Serbien, welcher in der Königin Natalie seine beste Vertreterin hat, nicht schwächen zu lassen. Die öffentliche Meinung steht in dem Streit des Königspaares entschieden auf Seiten des Königs und findet es völlig in der Ordnung, daß König Milan seinen Sohn von der Mutter trennen und selbst die Ueberwachung seiner Erziehung übernehmen will. Gegen diese Auslegung der Rechte, welche die väterliche Gewalt einräumt, wird wohl auch der russische Minister Pobedonoszew, der gegenwärtig in Wiesbaden weilt, nichts einzuwenden haben.

Die Bauernunruhen in Rumänien und die Auflehnung der Bojarenpartei gegen die königliche Gewalt, welche jüngst den Ministerwechsel in Rumänien herbeigeführt haben, lassen erkennen, daß auch die Zustände in diesem bestorganisirten Balkanstaate sehr viel zu wünschen übrig lassen, und es ist ja bekannt, wem die Schuld an der Krankheit der rumänischen Zustände in erster Linie zur Last fällt. Der unheilvolle Einfluß, welchen der russische Agent Hitrowo in Bukarest nicht nur in Rumänien, sondern auch in Bulgarien entfaltet, ist seit langer Zeit offenkundig, so daß ein Zweifel in dieser Beziehung ausgeschlossen ist.

Was unter diesen Umständen das Verlangen der russischen Presse nach einer Mäßigung der Ansprüche Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu bedeuten hat, bedarf keiner näheren Erklärung. Rußland will die Hände frei bekommen, um dort nach Belieben zu schalten und zu walten. Derartige Dinge sind zu heikler Natur, um zum Gegenstande der Erörterung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander bei ihrer bevorstehenden Begegnung gemacht werden zu können, und deshalb dürfen die Erwartungen bezüglich einer Aenderung der Beziehungen Rußlands zu Oesterreich-Ungarn nicht zu hoch gespannt werden.

Die Veranlassung der Begegnung ist zunächst eine rein persönliche; der dem russischen Kaiserhause nahe verwandte Kaiser Wilhelm will seinen Vetter Alexander nach dem am 15. Juni eingetretenen Thronwechsel begrüßen und alle die Gedanken und Empfindungen mit ihm austauschen, welche die tiefschmerzlichen Ereignisse der letzten Monate in ihm angeregt haben. Daß in diesen Austausch auch die künftigen Beziehungen der beiden Reiche zu einander hineingehören, ist selbstverständlich, aber ob sich die beiden Kaiser in die politischen Fragen vertiefen werden, hängt von Umständen und Zufälligkeiten ab, die sich nicht wohl vorher bestimmen lassen und deshalb auch schwerlich nach Art eines Programmes festgestellt worden sind.

Die Reise Kaiser Wilhelm's ist von der amtlichen Presse mit größter Zurückhaltung behandelt worden, kaum daß in letzter Stunde Gewißheit über den Tag der Abreise gewonnen wurde. Das Meiste, was über die Begegnung verlautete, trat im Gewande der Privatmittheilung oder des Gerüchts auf, es herrschte auch bis heute noch Ungewißheit darüber, ob der Reichskanzler den Kaiser begleiten wird, oder nicht; denn die Abreise des Fürsten nach Friedrichsruh ist von einem Tage zum andern verschoben worden. Dieses Schweigen kann nur in dem Sinne gedeutet werden, daß die Hoffnungen, welche von maßgebender Seite auf das politische Ergebniß der Begegnung gesetzt werden, nicht durch vorzeitige öffentliche Erörterung der wichtigsten Fragen, welche zur Sprache kommen können, vereitelt werden. Europa bedarf des Friedens, und keine Macht kann den Frieden eifriger wünschen als Deutschland, aber die Voraussetzungen, unter welchen der Friede auch von anderer Seite willkommen geheißen wird, sind nicht überall die gleichen. Ueberlieferung, die sogenannte geschichtliche Sendung gepaart mit persönlichen Wünschen nach Machterweiterung, spielen dabei eine wichtige Rolle, und es ist außerordentlich schwer, zwischen diesen widerstreitenden Interessen den richtigen Weg zu finden, welcher zu einem allseitig befriedigenden Ziele führt. Ist nicht Alles zu erreichen, was der allgemeinen Wohlfahrt ersprießlich sein würde, so muß man sich auch mit einem Theil begnügen. Aufschub der Ausführung verderblicher Pläne ist schon ein werthvoller Gewinn für den Frieden, und bei geschickter Benutzung der Umstände läßt sich darauf weiter bauen und ein Zustand aufrichten, welcher Dauer verspricht.

Leipzig, 13. Juli.

* Das **Programm** für die **Reise des Kaisers nach Rußland** steht, wie der „Vossischen Zeitung" mitgetheilt wird, seit ungefähr 14 Tagen fest und ist in gedruckter Form den Gesandtschaften vom Auswärtigen Amte mitgetheilt worden. Bei der bevorstehenden Reise des Kaisers muß um so strenger an den vorher getroffenen Abmachungen festgehalten werden, als das Zusammentreffen mit dem Zaren auf der offenen See erfolgen soll; auch eine geringe Abweichung von den ursprünglichen Reisebestimmungen könnte daher leicht störende Folgen haben. In Kiel scheint eine Art Flottenrevue beabsichtigt zu sein; es befinden sich dort die Manöverflotte: das Panzergeschwader, bestehend aus S. M. S. S. „Baden", „Bayern", „Friedrich der Große", „Kaiser" und der Aviso „Zieten", unter dem Befehle des Contreadmirals Knorr, ferner das Schulgeschwader, bestehend aus S. M. S. S. „Stein", „Gneisenau", „Moltke" und „Prinz Adalbert", unter dem Befehle des Contreadmirals von Kall; sodann ist die Torpedo-Flottille, welche sich jetzt bei Saßnitz befindet, nach Kiel beordert worden, dieselbe setzt sich zusammen aus dem Aviso „Blitz", den Divisionsbooten D I. und D II. und den Torpedobooten 7, 8, 9, 10, 11, 12, 34, 35, 36, 39, 40, 41. Ferner wird das Panzerschiff „König Wilhelm" aus Wilhelmshaven in Kiel erwartet, auch soll der Aviso „Falke" sich betheiligen. Diese bedeutende Flottenverkretung, welche fast alle in heimischen Gewässern befindlichen ausgerüsteten Schiffe umfaßt, wird sich zu einer Besichtigung aufstellen, aber die kaiserliche Yacht nur bis zur Grenze der deutschen Küstengewässer begleiten. Auf der Fahrt durch die Ostsee folgen der „Hohenzollern", nur wenig Panzerschiffe und ein Aviso. Wahrscheinlich wird der mit der Verwaltung der Admiralität betraute Vice-Admiral Graf von Monts, welcher bekanntlich zum commandirenden Admiral ernannt ist, das Commando über die vereinigte Flotte führen.

* Nachfolgende **Allerhöchste Ordre** ist unterm 9. d. M. an den preußischen Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten ergangen:

Es ist Mein Wille, daß das Project der Errichtung eines Domes in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin, welches durch den Allerhöchsten Erlaß Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters vom 29. März d. Js. von Neuem angeregt worden ist, mit allem Nachdruck gefördert werde. Die Ausführung dieses Planes nach den Absichten des Hochseligen Kaisers und Königs Friedrich ist Mir ein heiliges Vermächtniß. Ich wünsche, daß das Werk die Arbeit krönt, welche des verewigten Kaisers und Königs Majestät seit Jahren auf das Dombauproject verwandt hat. Ich genehmige hiermit, daß die auf Befehl Meines Herrn Vaters gebildete Immediatcommission unverzüglich ihre Arbeiten beginnt.

Marmorpalais, den 9. Juli 1888.

gez. Wilhelm R.
gegz. von Goßler.

An den Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten.

* Der Entwurf des **bürgerlichen Gesetzbuches** wird in der Presse nach den verschiedensten Richtungen hin erörtert. Auch die „Nationalliberale Correspondenz" äußert sich zur Sache. Das genannte Blatt schreibt:

Der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs hat seit seiner Veröffentlichung in diesem Frühjahr in der politischen Presse, in den wissenschaftlichen Zeitschriften, in Vorträgen eingehende Besprechungen der berufensten Beurtheiler gefunden. Er hat viel Lob und Zustimmung empfangen, aber auch manchen herben Tadel. Der letztere geht namentlich von germanistischen Rechtslehrern an deutschen Hochschulen aus, welche den Vorwurf erheben, der Entwurf beruhe allzu sehr auf den Grundsätzen des römischen Rechts, trage den deutschen Rechtsanschauungen allzu wenig Rechnung. Im Allgemeinen überwiegt aber doch die Zustimmung, die Anerkennung, daß der Entwurf der thatsächlichen Rechtsentwickelung in Deutschland und den einmal bestehenden Rechtsgrundsätzen im großen Ganzen entspricht. Daß die römische Juristenarbeit unsere Rechtsanschauungen stark beeinflußt hat, ist eine historische Thatsache, die man bedauern mag, die aber ein bürgerliches Gesetzbuch nicht aus der Welt schaffen kann. Im größten Theil Deutschlands bildet nun einmal das römische Recht bis zu einem gewissen Grad die Grundlage des bestehenden Rechts; darüber kann eine neue Gesetzgebung nicht einfach hinwegschreiten, und es würde wohl überhaupt das Zustandekommen eines gemeinsamen nationalen Civilrechts aufs äußerste gefährdet werden, wenn so einseitige und extreme Forderungen durchdrängen, wie sie die deutschrechtlichen Kritiker aufstellen. Die juristischen Einzelheiten dem Urtheil der Fachmänner überlassend, kann doch auch der Laie aus der bisherigen Erörterung zu einer Ansicht gelangen, die im weiteren Verlauf wohl immer mehr Boden gewinnen wird, zu der Ansicht nämlich, daß der Entwurf im Allgemeinen die richtige Mitte zwischen den verschiedenen Rechtsanschauungen und Schulmeinungen hält. Wo so viel wissenschaftliche Gründlichkeit und praktische Erfahrung zusammenwirkte, wie in der zur Ausarbeitung des Entwurfs berufenen Commission, da konnte man von vornherein das Vertrauen haben, daß ein gediegenes, von einseitigen Schultheorien sich fernhaltendes Werk zu Stande kommen werde. Die öffentliche Meinung und auch das unbefangene Urtheil der Männer der Wissenschaft wird mehr und mehr anerkennen, daß dies in dem vorliegenden Entwurf der Fall ist. Der nächste deutsche Juristentag, der sich im September in Stettin versammelt, hat die Angelegenheit ebenfalls auf seine Tagesordnung gesetzt, und man darf dem Urtheil dieser von allen andern berufenen Körperschaft mit Spannung entgegensehen. Der Reichstag wird sich im Lauf der nächsten Jahre mit dem Entwurf, der ja vielleicht bis dahin noch manche Abänderungen erfahren wird, zu beschäftigen haben. Wir zweifeln nicht, daß auch er zu dem Urtheil kommt, daß hier eine brauchbare und solide Grundlage für ein deutsches bürgerliches Recht gegeben ist, und der unschätzbare nationalpolitischer Werth einer solchen Gesetzgebung wird auch leicht über einzelne Mängel und Bedenken hinwegsehen.

* Dem **Prinzen Georg von Sachsen** ist nicht die erste Armee-Inspection, wie die „Kreuzzeitung" meldet, sondern die zweite, bestehend aus dem 5., 6. und 12. Armeecorps, übertragen worden. Im Anschluß hieran wird eine Neubesetzung des Commandos beim XII. (sächsischen) Armeecorps erfolgen müssen. Man vermuthet, daß der sächsische Kriegsminister, General Graf v. Fabrice, dieses Commando übernehmen werde. Als Nachfolger desselben wird in erster Linie der Chef des sächsischen Generalstabes, Generalmajor Edler von der Planitz, genannt. Eine endgiltige Entscheidung dürfte jedoch erst nach erfolgter Rückkehr des sächsischen Königspaares erfolgen.

* Die amtliche „Coburger Zeitung" schreibt: „Verschiedenen deutschen Zeitungen ist in den letzten Tagen in ziemlich gleichlautender Fassung folgende Londoner Correspondenz zugegangen: „Die Königin hat die Veröffentlichung des zwischen dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha und dessen Bruder, dem Prinz-Gemahl Albert, gepflogenen Briefwechsels gestattet unter der Bedingung, daß alle auf Privatverhältnisse Bezug habenden Stellen ausgemerzt werden. Die Bürstenabzüge werden daher Ihrer Majestät zuerst zur Revision vorgelegt werden." Wir sind ermächtigt, diese Nachricht als durchaus unbegründet zu bezeichnen".

* Der „Temps" und andere französische Blätter, sowie einige deutsche brachten die Nachricht, daß am 1. d. M. Karoline Staub aus Hagenau, welche in Nancy im Dienst stand, telegraphisch an das Sterbebett ihrer Mutter gerufen, aber in Avricourt trotz flehentlicher Bitten nicht über die Grenze gelassen worden sei. Nachdem sie aus Verzweiflung in Ohnmacht gefallen, habe sie an Ihre Majestät die Kaiserin die telegraphische Bitte um Erlaubniß gerichtet und nach kurzer Zeit letztere erhalten, ihre Mutter sei aber inzwischen gestorben. Die amtlichen Erhebungen haben nun nach der „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen" ergeben, daß in Hagenau keine Familie Namens Staub existire, daß überhaupt selbst in Familien ähnlichen Namens in der letzten Zeit kein Todesfall vorgekommen sei.

* * *

* Die **Stimmung der Bevölkerung in Serbien,** welche in der Scheidungssache anfangs zu Gunsten der **Königin** war, ist in Folge der Ablehnung der entgegenkommenden Ausgleichsvorschläge des Königs gründlich umgeschlagen. Selbst liberale Kreise, welche mit der Königin wegen ihrer russophilen Gesinnung sympathisiren, tadeln ihr Verhalten. Ristic soll dem Könige erklärt haben, daß ihn keinerlei politische Interessen an die Königin binden und daß er ihr Verhalten entschieden mißbillige.

* Dem „Hamburgischen Correspondenten" vom 10. Juli entnehmen wir nachstehendes **spanische Urtheil über Frankreich:** Die in Madrid erscheinende conservative „Epoca" brachte kürzlich eine Correspondenz aus Paris, in welcher die gesellschaftlichen Zustände des heutigen Frankreichs einer eingehenden Betrachtung unterzogen wurden. Aufsichtige Zeitungsstimmen über französische Zustände sind in der Madrider Presse, die sich fast ausschließlich von der Pariser Presse nährt, eine so große Seltenheit, daß die Correspondenz schon deshalb nicht unerwähnt zu bleiben verdient. Dieselbe lautet im Auszug folgendermaßen:

„Die eigentliche Gefahr besteht für Frankreich nicht darin, etwas mehr oder weniger Kanonen zu besitzen, noch in der Ueberlegenheit der deutschen Cavallerie, die nach dem Urtheil der Sachverständigen berufen sein soll, im nächsten Kriege eine große Rolle zu spielen. Die Gefahr besteht vielmehr in dem Mangel an großen sittlichen Ideen, in dem Materialismus, der alle Handlungen des Lebens durchdringt, in der Verherrlichung des Erfolges in allen seinen Formen, in dem Egoismus, der, bis auf das Aeußerste getrieben, sich in einem unerträglichen Drang nach Genuß und Reichthum geltend macht, und endlich in der kosmopolitischen Tendenz, welche die Bande des Patriotismus lockert. — Diesen Kosmopolitismus kann man überall beobachten; von den glänzenden Festen, die in diesem Jahre gefeiert worden sind und bei welchen für den Cotillon allein 20—30 000 Frcs. ausgegeben worden sind, entfielen die meisten auf die fremde Gesellschaft. Zu den Festen der guten Gesellschaft kann man die Einladung in den Ministerien und in der Präsidentschaft häufig kaum mehr erfragen. Denn obschon die officielle Welt unter Herrn Grevy und Jiequel einen etwas besseren Anstrich bekommen hat und man dort Damen begegnet, die sich im Salon gut bewegen, und Herren, deren Frack nicht aus den Werkstätten der „belle jardinière" stammen, so haben diese Gesellschaften doch einen gewissen bürgerlichen Beigeschmack, den vor in Madrid „progresistisch" nennen würden und der absticht gegen die traditionelle Eleganz der guten Pariser Gesellschaft. Alles, was man in der Gesellschaft sieht und hört, läßt auf einen pathologischen Zustand, auf eine ungeheuere Krankheit schließen, welche dieses Volk befallen hat und sich in Unersättlichkeit am Genuß und in der Sucht nach neuen Aufregungen äußert. Der häufige Gebrauch des Morphins nach Art des Haschisch belegt in dieser Hinsicht Alles.

In den Erzeugnissen der Literatur zeigt sich diese Krankheit am deutlichsten. Die neuen Bücher, die erscheinen und in der Presse am meisten gelobt werden, überschreiten alle Grenzen des Obscönen; ich will Ihnen keines dieser Werke, noch deren Autoren nennen, es genügt mir, die Tuel zu lesen, um zu wissen, was sie enthalten. Im diesjährigen Salon finden sich mehr als 200 Gemälde, in welchen die bedenklichsten Motive verwerthet sind, und alles Dieses ist noch nichts gegen die Vorstellungen in den Theatern, von welchen ich nur „Le baiser" in der Comédie française und „Le coquin du Printemps" in den Folies dramatiques erwähnen will. Es ist ein betrübendes Schauspiel, eine große Nation von einer hysterischen Krankheit befallen zu sehen. Aus diesem Wege angelangt, muß ein Volk darauf verzichten, ein starkes und einflußreiches zu sein."

* Die von Bonacci (Linke) beantragte und von dem Ministerpräsidenten Crispi acceptirte Tagesordnung, nach welcher die **italienische** Kammer von der Erklärung der Regierung über die Provinzial- und Communal-Reform Kenntniß nimmt und zur Berathung der einzelnen Artikel der Vorlage übergeht, wurde am Mittwoch fast einstimmig angenommen.

* Ueber die weiteren Bewegungen des im Sudan aufgetauchten „Weißen Pascha", der, wie bereits mitgetheilt, vermuthlich kein anderer als Emin Pascha (Dr. Schnitzer) ist, erhält die „Times" folgende Meldung aus Suakim vom 10. d. M.: „Ein zuverlässiger Bote aus Handub besagt, er habe ein 18 Tage altes Schreiben des Mahdi von Khartum an Osman Digma gesehen, demzufolge der „weiße Pascha" in Bahr el Gazelle den Fluß entlang drei Tagemärsche näher an Khartum herangerückt sei. Der Mahdi befahl dem Shaqiahab, dem Weitermarsche Widerstand entgegenzusetzen. Das Schreiben besagt auch, der „Weiße" habe eine Landstraße oder Eisenbahn".

* Ueber den in der Provinz Bantam auf Java ausgebrochenen Aufstand wird amtlich weiter gemeldet, daß die Aufständischen sich nach der Plünderung von Tjeleguy gegen Serang, den Hauptort von Bantam, wandten, aber etwa 12 Kilometer vor Serang auf eine Patrouille trafen. Bei dem Gefechte mit derselben wurden 9 der Aufständischen getödtet. Die Garnison von Serang hat aus Batavia Verstärkungen erhalten. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen.

* Die Zustände in Lima sind, den neuesten Postnachrichten zufolge beklagenswerth. Die peruanische Regierung ist in solchen Geldnöthen, daß sie Niemanden bezahlt. Sie bemüht sich, eine Steuer von 5 Procent auf den Bruttonutzen von Kaufleuten einzuführen. Sie hat Wachen vor den Bureaux der Gasgesellschaft und solcher Firmen, wie Bates, Stokes & Co. stationirt. Die italienische Colonie soll auf dem Puncte sein, das Land zu verlassen. Im Ministerium ist ein Streit wegen der Eisenbahnen entstanden, und Senor Elmore, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, legte sein Amt nieder, weil seine Amtsgenossen die Eisenbahnen zu confisciren wünschten. Es wird eine Krisis erwartet, wenn der Congreß Ende dieses Monats zusammentritt.

Die Krankheit Kaiser Friedrich's.

* Man schreibt uns aus Berlin:

Die Veröffentlichung der amtlichen ärztlichen Darstellung der Krankheitsgeschichte des Kaisers Friedrich wirkt geradezu niederschmetternd. Ganz im Gegensatz zur fortschrittlichen Presse, welche sich fast ein Jahr lang zur Vertheidigerin der jetzt unwiderruflich als unwahr erwiesenen